

Marokkos Armee zerstört Zeltlager im Grenzgebiet – Gewalt überschattet UN-Vermittlungsgespräche

Westsahara-Konflikt kocht neu hoch

■ Bayr fordert Aktivierung des UN-Sicherheitsrats.
■ Sahrauis wollen Unabhängigkeit, Marokko sperrt sich.

New York/Rabat. Der Westsahara-Konflikt war fast schon in Vergessenheit geraten. Nun haben blutige Unruhen in El-Aiún (Laayoune), der Hauptstadt der von Marokko besetzten spanischen Ex-Kolonie, den seit Jahrzehnten währenden Zwist wieder in Erinnerung gerufen. Der gewalttätige Überfall marokkanischer Soldaten auf ein Zeltlager der Sahrauis nahe der Stadt überschattet auch die Verhandlungen über eine Lösung des seit Jahrzehnten schwelenden Konflikts, die am Montag in der Nähe von

New York begonnen haben. Zuerst waren es nur ein paar Zelte gewesen, die Bewohner der Westsahara in einem Wüstengelände vor den Toren El-Aiúns aufgeschlagen hatten. Innerhalb von zwei Wochen wurde daraus eine ganze Stadt mit über 7000 Zelten und 20.000 Menschen. Sie beherbergte die größte spontane Protestbewegung in der spanischen Ex-Kolonie, seit Marokko das Gebiet vor 35 Jahren besetzt und annektiert hatte. Mit der Errichtung des Protestlagers Gdaim Izik wollten die Bewohner ihren Forderungen nach Arbeitsplätzen, Wohnungen und sozialen Hilfseinrichtungen Nachdruck verleihen.

Das rasche Anwachsen der Bewegung wurde der marokkanischen Regierung unheimlich. Rabat befürchtete

offenbar, die Zeltstadt könnte unter den Einfluss der Polisario-Befreiungsfront geraten, ihre Bewohner die Schaffung eines unabhängigen Staates verlangen. Also vertrieben marokkanische Sicherheitskräfte mit Hubschraubern, Gummigeschossen und Tränengas die Menschen, rissen die Zelte nieder und setzten sie in Brand.

Mindestens sieben Tote und viele Verletzte

Die Demonstranten leisteten der Polizei heftige Gegenwehr. Nach ihrer Vertreibung lieferten sie sich mit den Beamten Straßenschlachten. Nach einer offiziellen marokkanischen Bilanz wurden bei der Polizeiaktion sieben Menschen getötet, darunter fünf Polizisten. Die Polisario sprach von wenigstens 13 Toten, 700 Verletzten und 150 Vermissten.

Die Nationalratsabgeordnete Petra Bayr (SPÖ) forderte Außenminister Spindler angesichts des brutalen Vorgehens der marokkanischen Sicherheitskräfte auf, den UNO-Sicherheitsrat zu aktivieren. Dort hat Österreich derzeit einen Sitz inne. „Das massiv gewaltsame Vorgehen Marokkos ist ein beispielloses Affront, dem täglich Menschen zum Opfer fallen, und muss endlich gestoppt werden“, meinte Bayr, die im Menschenrechtsausschuss sitzt. „Weder sind Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, wie sie in der Westsahara seit Jahrzehnten andauern, zu dulden, noch darf die UNO zu lassen, dass ihre fortwährenden Vermittlungsbemühungen derart konterkariert werden.“

Die Unruhen riefen einen jahrzehntealten Konflikt in Erinnerung, der in der Weltöffentlichkeit fast



Nach der Zerstörung eines Zeltlagers in der Westsahara kam es im spanischen Valencia zu Protesten gegen den marokkanischen König Mohammed VI. (Plakat). Foto: epa

schon in Vergessenheit geraten war. In dem phosphatreichen Wüstengebiet südlich von Marokko betreiben die Vereinten Nationen einen neuen Anlauf, einen endgültigen völkerrechtlichen Status der westafrikanischen Region Westsahara auszuverhandeln. Geklärt werden sollte dieser durch ein Referendum, doch Marokko hat bisher alles daran gesetzt, dieses zu verhindern. Ausgearbeitet hatte den Referendumsplan 2002 der damalige US-Außenminister James Baker. Er sah vor, die Bevölkerung in der Westsahara in einem Referendum zwischen voller Unabhängigkeit und einem weitreichenden Autonomie-Status innerhalb Marokkos entscheiden zu lassen. Die DARS-Regierung hatte dem bereits zugestimmt, doch Marokko beharrt auf der Autonomielösung und verzögert seit Jahren die Durchführung der Volksabstimmung. Offiziell scheiterte es bislang an Dif-

ferenzen über Modalitäten. Die Chancen, diesmal zu einer Lösung zu kommen, stehen äußerst schlecht. Sie dürften sich mit der Polizeiaktion gegen die Zeltstadt noch verschlechtern haben. Dabei hat das Fortbestehen des Konflikts eine Reihe schlimmer Konsequenzen. Marokko wird in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen, weil es viele Mittel dafür aufbringen muss, das Wüstengebiet unter Kontrolle zu halten. Der Konflikt entzweit zudem Marokko und Algerien und verhindert so, dass die Maghreb-Staaten zu einem Wirtschaftsraum zusammenwachsen. Schließlich macht der Dauerzwist zwischen Rabat und Algier eine effektive Zusammenarbeit im Kampf gegen Al-Kaida-Terroristen in Nordafrika praktisch unmöglich. ■

ferenzen über Modalitäten.

Die Chancen, diesmal zu einer Lösung zu kommen, stehen äußerst schlecht. Sie dürften sich mit der Polizeiaktion gegen die Zeltstadt noch verschlechtern haben.

Dabei hat das Fortbestehen des Konflikts eine Reihe schlimmer Konsequenzen. Marokko wird in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen, weil es viele Mittel dafür aufbringen muss, das Wüstengebiet unter Kontrolle zu halten. Der Konflikt entzweit zudem Marokko und Algerien und verhindert so, dass die Maghreb-Staaten zu einem Wirtschaftsraum zusammenwachsen.

Schließlich macht der Dauerzwist zwischen Rabat und Algier eine effektive Zusammenarbeit im Kampf gegen Al-Kaida-Terroristen in Nordafrika praktisch unmöglich. ■

Ein umfangreiches Dossier zum Konflikt in der Westsahara finden Sie auf www.wienerzeitung.at

Konfliktherd Westsahara

Fläche: 266.000 km²
Einwohner: ca. 250.000
Religion: nahezu 100% Moslems

Bodenschätze

- Erdöl/Ölschiefer
- ▲ Phosphat
- ◆ Vanadium
- ◇ Titan
- Eisen
- ▲ Uran

1884	Spanische Kolonisierung	1979	Mauretanien räumt süd. Teil, Marokko marschiert ein; Guerillakrieg Polisario
1975	„Grüner Marsch“ – 350.000 unbewaffnete Marokkaner kommen in die Westsahara; Spanien überlässt Gebiet Marokko und Mauretanien	1984	Aufnahme DARS in Organisation der Afrikan. Einheit; Marokko tritt aus Protest aus
1976	Befreiungsbewegung Polisario ruft „Demokratische Arabische Republik Sahara“ (DARS) aus; wird von über 80 Staaten anerkannt	1991	Waffenstillstandsabkommen
		1997	Direktverhandlungen Marokko-DARS
		2002	USA legen Autonomieplan vor

Quelle: APA

Baldige Freilassung von San Suu Kyi?

■ Der Hausarrest von Burmas Oppositionsführerin endet am Samstag.

Rangun. Nach der Wahlfarce bereitet Burmas Militärjunta die Freilassung von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi vor. Für das offizielle Ende des Hausarrests am Samstag würden Sicherheitspläne ausgearbeitet, sagte ein Regierungsvertreter, der anonym bleiben wollte, am Mittwoch der Nachrichtenagentur AFP. Ein anderer Behördenvertreter meinte, er gehe davon aus, dass eine Freilassung erst „in letzter Minute“ entschieden werde.

Ob es tatsächlich dazu kommt, ist aber noch fraglich. Denn die Friedensnobelpreisträgerin lehnt eine

Freilassung ab, sollte diese an irgendwelche Auflagen geknüpft sein.

Seine Mandantin werde keine eingeschränkte Freiheit akzeptieren, erklärte Anwalt Nyan Win, der auch Sprecher von Suu Kyis mittlerweile per Junta-Dekret aufgelösten Partei „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) ist, in Rangun. Dass das Militärregime Bedingungen für Suu Kyis Freilassung stellen werde, davon ist er überzeugt. So sei es in der Vergangenheit immer gewesen; Suu Kyi sei darauf aber nie eingegangen, betonte er.

Die Symbolfigur der Demokratiebewegung hatte 15 der vergangenen 20 Jahre in Haft oder unter Hausarrest verbracht. Zuletzt war ihr Hausarrest im August vergangenen Jahres 2010

um 15 Monate verlängert worden.

Dass dieser erst nach der von der Junta angeordneten Parlamentswahl endet, die ihr am Sonntag einen selbstproklamierten Sieg von 75 bis 80 Prozent der Stimmen bescherte, war Kalkül. Die im Land überaus populäre Demokratieaktivisten Suu Kyi hätte mit öffentlichen Wahlboykott-Aufrufen und öffentlicher Kritik am Militärregime die Wahlfarce gestört. Das Interesse der Burmesen und Burmesinnen an dem Urnengang war ohnehin äußerst gering – zumal die Junta die einzige ernst zu nehmende Oppositionspartei NLD vorab für aufgelöst erklärt hatte und diese an die Bevölkerung appelliert hatte, den Wahlurnen fernzubleiben.

Die erste Wahl seit 20 Jahren hatte ohnehin nur zum Ziel, der Militärregierung internationale Legitimation zu verschaffen. Um eine Demokratisierung war es ihr nie gegangen. Deshalb stand das Ergebnis auch schon im Vorfeld fest. Und deshalb baute sie vor, den Fehler von 1990, als die Parlamentswahl einigermaßen frei war, nicht zu wiederholen. Damals hatte Suu Kyis NLD 80 Prozent der Stimmen gewonnen, woraufhin die Junta die NLD daran hinderte, eine Regierung zu bilden.

Noch ist aber ohnehin fraglich, ob gegen Suu Kyi nicht doch ein weiteres Strafverfahren eröffnet wird, um sie auch die nächsten Jahre dem Blick der Öffentlichkeit zu entziehen. ■

■ Kurz notiert

China: Das norwegische Friedensnobelpreis-Komitee befürchtet, dass China die Übergabe der Auszeichnung für den inhaftierten chinesischen Preisträger Liu Xiaobo Anfang Dezember in Oslo mit allen Mitteln verhindern wird. Weder Liu selbst noch seine unter Hausarrest gestellte Ehefrau Liu Xia oder andere infrage kommende Personen dürften eine Ausreisegenehmigung erhalten, sagte der Chef des Osloer Nobelinstitutes, Geir Lundestad. Zudem kam es auch zu Viren-Attacken auf das Institut aus China und auf Hackerangriffe, die in Zusammenhang mit der Preisverleihung stehen dürften.

China hatte heftig gegen die Vergabe des Preises an den zu elf Jahren Haft verurteilten Menschenrechtler protestiert.

Terror: Eine der Ende Oktober vom Jemen aus abgeschickten Paketbomben sollte offenbar mitten im Flug über der Ostküste der USA explodieren. Das ergab eine Untersuchung der britischen Polizei. Demnach wurde die Bombe nur wenige Stunden vor ihrer geplanten Detonation entschärft. Die Paketbombe war auf dem Flughafen im englischen East Midlands entdeckt worden, die Sendungen waren an jüdische Einrichtungen in den USA adressiert. Das in East Midlands beschlagnahmte Paket war zuvor auf dem Flughafen Köln/Bonn umgelandet worden. Es enthielt Druckerpatronen, in denen der Sprengstoff PETN versteckt war. Zu den versuchten Anschlägen bekannte sich die Terrororganisation Al Kaida. ■